

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 23. März 2015

Verfasserin: Denise Wahlen

Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen

Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage

Die Regierung hat die Problematik erkannt, gehandelt und behoben, d.h. verbindlich im Handbuch der Rechnungslegung festgelegt. Einer Mehrheit der WAK genügt dies nicht. Sie wollen einem neuen Gesetzesartikel, der die Verkürzung der Zahlungsfristen festgelegt (SVP, FDP, BDP, CVP). Für uns Grünliberale ist die Regelung auf Gesetzesstufe nicht stufengerecht, das Anliegen des Motionärs absolut berechtigt, aber schon berücksichtigt. Es bestand nachweislich dringenden Handlungsbedarf. **Judith Bellaiche** argumentiert ironisch: „Ausgerechnet die rechte Ratsseite, ausgerechnet die Liberalen, die grossen Bürokratieabbauer, die sich gegen jegliche überflüssige Gesetzesvorschriften wehren und uns regelmässig vorhalten, wie viele neue Gesetze zu Lasten unserer Freiheiten jedes Jahr eingeführt werden, ausgerechnet sie bestehen nun à tout prix auf eine neue Gesetzesvorschrift, die offenkundig völlig obsolet ist. Wir Grünliberale bleiben liberal. Aber schön, dass es die Liberalen gibt – für Freiheit, Gemeinwohl und Fortschritt.“ Wieder einmal zählte jede Stimme: mit 86 : 88 Stimmen konnten wir das neue Gesetz vermeintlich verhindern - aber weil es so knapp war verlangte der Kommissionspräsident ein Rückkommen (also eine erneute Abstimmung), weil er die Frage falsch verstanden habe (!) ... und die zweite Abstimmung ging knapp auf die andere Seite aus. Definitiv ist aber noch nichts, vielleicht gibt es in der zweiten Lesung dann wieder die richtige Mehrheit.

Lohnentscheid des Stiftungsrates der BVK (Jörg Mäder)

Kurz nach der Verselbständigung der BVK erhöhte der Stiftungsrat den Lohn des Präsidenten um 50 %. Dieser Entscheid wurde auf Druck von Politik, Medien und der Öffentlichkeit zurückgenommen, ein Gespräch hat zwischen RR und Stiftungsrat stattgefunden. Jörg Mäder formuliert unsere Haltung folgendermassen: Nicht alles was rechtes ist, ist richtig. Nicht alles was richtig ist, muss in Gesetzen niedergeschrieben werden. Es muss aber hingeschaut werden. So stimmen wir der Abschreibung des Postulates zu. Es hat doch das erreicht, was der Kantonsrat ganz klar wollte.

Vor der Ratspause verliest **Stefanie Huber** eine **Fraktionserklärung zur Flugplatzentwicklung**

(<http://zh.grunliberale.ch/aktuell/medienmitteilungen.html>)

Die Grünliberalen sind entsetzt über die öffentlichen Statements der Fliegerlobby zu den gewünschten Ausbauten und der Auslagerung der Geschäfts- und Kleinfliegerei nach Dübendorf. Die Missachtung des Rechtsstaats wie bei den Südanflügen darf sich bei den Südstarts und der Zivilfliegerei in Dübendorf nicht wiederholen! Ohne Staatsvertrag mit Dübendorf ist ein Pistenausbau absolut indiskutabel und die bereits heute halbherzige Nachtruhe geben wir nicht her.

Steuerfreier Betrag (Sozialabzug) für Ehegatten (Judith Bellaiche)

Grosse Steuerausfälle durch einen Ehegattenabzug, ob Ehepaare Kinder haben oder nicht, sind für uns nicht nachvollziehbar. **Judith Bellaiche**: Natürlich sind wir für Steuergerechtigkeit, und natürlich wollen wir die Heiratsstrafe endlich abschaffen. Aber nicht schon wieder ein Steuerabzug!

Die Heiratsstrafe ist ein systemisches Problem, weil die Einkommen beider Ehegatten zusammengezählt werden und sie so in eine höhere Progressionsstufe kommen. Deshalb braucht es auch eine systemische Lösung, und deshalb hat die glp-Fraktion zusammen mit CVP und BDP im Februar eine Motion eingereicht, um das Problem grundsätzlich anzugehen. Im Prinzip wollen wir ja die Individualbesteuerung. Aber diese einzuführen, liegt leider nicht in kantonaler Kompetenz. Deshalb wollen wir mit unserer Motion erreichen, dass wenigstens das Steuersplitting im Kanton Zürich möglich wird.

Aber im Gegensatz zu den Initianten der PI geht es uns wirklich um Steuergerechtigkeit und nicht nur um Symbolik. Staatliche Förderung der Ehe unter dem Deckmantel der Steuerpolitik. Das widerstrebt uns. Wir stehen hinter allen Formen des Zusammenlebens – und übrigens auch des Alleinlebens. Jede und jeder Einzelne soll die Entscheidung über sein Leben frei und ohne den Fiskus treffen können. Ob verheiratet oder nicht.

Der Vorstoss wird klar mit 105 JA (glp, SP, Grüne, FDP, CVP) zu 67 NEIN (EDU, SVP, EVP, BDP) abgelehnt

Reduktion der Grundbuchgebühren (Beni Schwarzenbach)

Die genauen Auswirkungen der letzten Gebührensenkung 2009 kann der RR noch nicht abschätzen und erachtet eine erneute Senkung für verfrüht, zudem verbessere sie die Standortattraktivität damit nicht. **Beni Schwarzenbach** argumentiert aus unserer Sicht: Die Grundbuchgebühren sind das goldene Kalb der Notariats-, Grundbuch- und Konkursämter. Von „Gebühr“ kann allerdings keine Rede sein, denn eine solche müsste sich an den tatsächlichen Kosten einer konkreten Leistung orientieren. Sie hat nicht die Aufgabe allgemeine Aufgaben des Staates quer zu subventionieren. Mit einer erneuten Senkung würden die immer noch hohen Erträge den defizitären Konkursbereich auch in Zukunft kompensieren. Diese Meinung setzte sich durch: